

Die Rationalität des grünen Traditionalismus oder: die Suche nach Alternativen

von Joachim Raschke und Ralf Tils

Die Partei Bündnis '90/Die Grünen verfügt über eine stabile Identität, eine gewachsene Struktur und eine klar erkennbare Zahl an ernsthaften Machtoptionen. Der Beitrag skizziert zunächst den materiellen Kernbestand grüner Programmatik, um sich anschließend der in jüngerer Zeit deutlich angestiegenen Wählergunst und den daraus erwachsenden Folgen zuzuwenden. Das Verständnis dieser Dynamik erweist sich für eine Unterscheidung zwischen fiktiven und realen Handlungspotentialen als bedeutsam, die durch die nur bedingt ausgeprägte Strategiefähigkeit der Partei weiter begrenzt werden – denn nur in den professionalisierten Steuerungsformen der Großparteien liegt die Möglichkeit, über den Traditionalismus einer Kleingruppierung herauszuwachsen. Die dabei entstehenden Widersprüche zwischen Werten und Interessen, gerade auch mit Blick auf die unterschiedlichen bündnispolitischen Versuche auf Landesebene, machen deutlich, dass die für den kommenden Bundestagswahlkampf erkennbare, auf Rot-Grün ausgerichtete Strategie sich als erfolversprechender, weil die Traditionslinien akkomodierender und (verständliche, aber destabilisierend wirkende) Koalitionsspiele vermeidender Ansatz erweisen könnte.

Germany's Green Party is based on a stable identity, an established structure, and a clearly identifiable set of options to exercise political power. This contribution outlines the core content of the party's programme and analyses the effects of recent surges in electoral support. Understanding this dynamic is important to differentiate between fictional and real possibilities for political manoeuvring. Further limitations are imposed by the party's modest ability to engage in strategic planning, demonstrating that the only way out of the traditionalism-based position of a small party is to be found in professionalised forms of steering, as embodied by Germany's two large catch-all parties. The contradictions between values and interests arising from this dilemma indicate that, in spite of a number of coalition experiments at the Länder level, the clear pledge to an alliance with the Social Democrats in the upcoming federal election campaign is likely to be a successful strategy as it takes into account the positive effect of Green traditionalism while resisting the (understandable but destabilising) urge to expand into unknown terrain.

Einleitung

Was heißt es, wenn man sagt, die Grünen seien reif und erwachsen geworden? Es bedeutet, dass sich eine Identität stabilisiert hat, eine Struktur gewachsen ist und sich die Zahl ernsthafter Optionen verringerte. Wir skizzieren in ein paar Stichworten, was lange umstritten war, heute aber zum Kernbestand der Grünen gehört (Abschnitt I). 2010/2011 sprangen die Grünen plötzlich in der Wählergunst auf teilweise über 20 Prozent. Das schien ihren Handlungsraum enorm zu vergrößern. Da sie im Herbst 2012 demoskopisch wieder in dem Bereich angekommen waren, wo sie bereits bei der Bundestagswahl 2009 landeten, ist es wichtig, die Dynamik der Grünen zu verstehen. Nur so lassen sich fiktive von realen Handlungspotentialen unterscheiden (Abschnitt II). Für den Erfolg und für die eigenen Wachstumsambitionen ist die Strategiefähigkeit einer Partei grundlegend. Der mittlere Grad an Strategiefähigkeit der Grünen begrenzt auch ihre Möglichkeiten, sich ganz große Ziele zu setzen (Abschnitt III). Eine Diskussion möglicher Wachstumsperspektiven zeigt die Grünen im Feld charakteristischer Probleme von Mittelparteien: zwischen dem Identität sichernden Traditionalismus einer Kleinpartei und den nur professionell zu steuernden Ungewissheiten einer Großpartei (Abschnitt IV). Die Widersprüche zwischen grünen Werten und Interessen machen es für die Partei schwer, konsensual Zielgruppen für eine Wachstumsstrategie zu identifizieren, mit der sich grüne Traditionslinien – die die Widersprüche zwischen Werten und Interessen gerade nicht aufbrechen – überwinden ließe (Abschnitt V). Auch die inhaltliche Profilierung lässt kein Neuland erkennen, sondern lebt im Wesentlichen von der Aktualisierung bewährter Kernkompetenzen (Abschnitt VI). Traditionell verstanden sich die Grünen als Teil eines rot-grünen Lagers. Der Kurs der Eigenständigkeit, die Debatten über Schwarz-Grün und das Experimentierfeld Landespolitik dokumentieren Versuche, die bündnispolitischen Optionen zu erweitern. Die Wahlaussage für die Bundestagswahl 2013 heißt aber „Rot-Grün“, mit dem relativ eindeutigen Zusatz: und nichts sonst (Abschnitt VII). Im Ergebnis macht die hier vorgenommene Strategieanalyse deutlich, dass es perspektivisch gute Gründe für die Partei gibt, einem – positiv verstandenen – „grünen Traditionalismus“ zu folgen, der auf das Bewährte setzt und unkalkulierbare Risiken scheut. Das Drängen auf Alternativen ist eine verständliche Gegenbewegung, die aber den Schlüssel zum Erfolg noch nicht gefunden hat.

I. Entwicklungsstand der Partei nach 33 Jahren

Es gibt einige Ergebnisse grüner Parteientwicklung, die heute nicht mehr infrage gestellt werden. Sie umreißen die gewachsene Struktur von Bündnis 90/Die Grünen, über die kaum Kontroversen bestehen. Wichtige Bestandteile davon sind:

- Im ersten Jahrzehnt nach 1980 als oppositionelle Bewegungs- und Protestpartei gestartet, haben sich die Grünen in den 1990er Jahren zu einer konstruktiven „Gestaltungspartei“ entwickelt, um im dritten Jahrzehnt – deutlich verstärkt durch die Regierungsbeteiligung im Bund (1998-2005) – ein Selbstverständnis als Regierungspartei anzunehmen. Auch ihre Oppositionsrolle seit 2005 verstehen sie überwiegend im klassischen Sinne einer „Regierung im Wartestand“.
- Nie waren die Grünen eine bloße Ein-Punkt-Partei. Als ihre Kernkompetenzen haben sich die beiden Wert- bzw. Themenfelder sozial-ökologisch und libertär-demokratisch herauskristallisiert. Am Anfang war vieles möglich, erwiesen sich die Konzepte und Prioritäten als noch nicht geordnet. Dritte Welt, Feminismus, Pazifismus, (Öko-)Sozialismus, Basisdemokratie gehörten zum heterogenen Gründungsspektrum. Nach einer Phase der Fundamentalkritik unter anderem an Kapitalismus, Marktwirtschaft, Industrialismus, Parlamentarismus verstehen sich die Grünen heute als modernisierungskritische Modernisierer. Umwelt und Nachhaltigkeit sind ihre Hauptthemen. Die Partei arbeitete Ökologie in die deutsche Gesellschaft ein (z.B. „Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben“). Das Soziale (als Gerechtigkeit und Solidarität) hat im grünen Selbstverständnis einen Eigenwert, ist aber auch Bedingung für eine ökologische Gesellschaft. Gesellschaftliche Demokratisierung und Zivilgesellschaft (mit gesellschaftlicher und individueller Autonomie, Toleranz und Schutz legitimer Minderheiten) besitzen einen hohen Stellenwert und ziehen Grenzen zu reiner Staats- oder Marktgesellschaft.
- Die Grünen sind eine Sektoralpartei mit Gesamtverantwortung. Sie repräsentieren ein engeres Themenspektrum und eine sozialstrukturell begrenzte Wählerschaft, sind aber programmatisch, in ihrem Koalitionsverhalten und in ihrem politischen Bewusstsein an übergreifenden Gemeinwohlinteressen orientiert.
- Die Grünen sind heute aus dem Status einer basisdemokratisch gemeinten und mehrere Jahre angestrebten Bewegungs- und Protestpartei herausgewachsen. Aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte tragen sie noch einige Spuren der älteren Parteiform in sich. Es gibt starke, autonome Kreis- und Landesverbände in der Partei, aber auch eine starke Spitze. Diese wird allerdings nicht primär durch den Bundesvorstand, sondern vor allem durch die an Ressourcen deutlich überlegene Bundestagsfraktion gebildet. Auf Bundespartei-

tagen begegnen sich beide Ebenen. Noch heute sind diese Massenveranstaltungen mit über 800 Delegierten kein sicheres Terrain für die Führung – obwohl sie am Ende (allerdings mit erheblichem Aufwand) meist gewinnt. Es bleiben also Reste von Basisdemokratie in die Struktur eingebaut: große Parteitage, Auslosen von RednerInnen, Doppelspitzen, stark dezentrale Finanzverteilung, (inzwischen erheblich gelockerte) Formen der Trennung von Amt und Mandat.

- Die Grünen sind eine Werte- und Konzeptpartei, keine klassische (sozialstrukturell definierte) Milieupartei. Anlässlich der Bundestagswahl 2009 verteilten sich die Wahlmotive grüner Anhänger wie folgt: 15 Prozent Parteibindung, 8 Prozent Kandidatenprofile, dagegen 74 Prozent Kompetenz und konkrete Lösungsvorschläge.¹
- Richtungspolitisch haben sich die Grünen seit langem in einer Mitte-Links-Position stabilisiert. Sie wurden und werden links von der SPD verortet (heute auch: links von den Piraten), aber immer auch rechts von PDS bzw. Linkspartei. Die Selbst- und Parteiwahrnehmungen der Anhänger liegen nahe beieinander – wie bei den übrigen Parteien, aber anders als bei der Linken (dort schätzen sich die Wähler moderater ein als ihre Partei).²
- Innerparteilich kann man einen Bedeutungsverlust der Strömungen feststellen, die die Geschichte der Partei in den 1980/1990er Jahren bestimmt haben. Sie verloren bereits durch die Regierungsbeteiligung nach 1998 an Gewicht, blieben dennoch präsent. Heute erweisen sich Strömungen vor allem noch für die Eliten und Ambitionierten (nicht aber für die Neumitglieder) als relevant, da sie nach wie vor für viele Fragen ein fortwirkender Strukturierungsfaktor sind.

II. Die Dynamik von Bündnis '90/Die Grünen verstehen

Die Grünen haben sich an ein parteispezifisches Wachstumsmuster gewöhnt. Der Kernbereich der Grünen wächst, aber er wächst langsam.³ Das langsame strukturelle Größenwachstum ist verbunden mit einer Reihe situativer Auf und Abs. Das lässt die Grünen einmal sehr tief landen (1990) oder führt ein anderes Mal zu temporären Überbewertungen (2010/2011). Es ist wichtig, die Ursachen für die Dynamik der Grünen in der Wählergunst zu verstehen. Die Kenntnis dieser Gründe ist Voraussetzung, um strategische Perspektiven für die Partei entwickeln zu können. Zudem machten die Grünen eine große Reise: Bei der Bundes-

1 Vgl. Hilmer, R.: Die Grünen im aktuellen Stimmungsbild – ein Jahr vor der Bundestagswahl 2013, TNS Infratest Politikforschung, Berlin, 29. August 2012, 41.

2 Hilmer, R., a.a.O., 27.

3 Im langfristigen Verlauf, so zum Beispiel bei der Wählerwanderung seit 1998, kommt die Zuwanderung vor allem durch SPD-Wähler und Generationswechsel zustande (vgl. Hilmer, R., a.a.O., 21ff.).

tagswahl Ende September 2009 holten sie 10,7 Prozent der Stimmen. Auf dem Höhepunkt, im Juni 2011, lag die Partei bei 24 Prozent. Anfang Oktober 2012 waren sie wieder bei den 11 Prozent angekommen, bei denen die Rallye begann.⁴

Den ersten Aufstieg ermöglichte ihr die Schwäche der FDP, deren Verfall im Dezember 2009 begann und die im Juni 2010 schon bei 5 Prozent rangierten – die Wähler verstreut in die Richtungen, aus denen sie gekommen waren. Dazu gehörten auch die Grünen. Eine richtige Hochkonjunktur erfuhren sie durch zwei Ereignisse, deren Wirkung kumulierte: die Auseinandersetzungen um „Stuttgart 21“ und die von der Regierung *Merkel* beschlossene Laufzeitverlängerung für die deutschen Kernkraftwerke im Herbst 2010. Eine Woche nach der gewaltsamen Polizeiräumung in Stuttgart am 30. September 2010 kamen die Grünen erstmals über 20 Prozent, im November erreichten sie 23 Prozent. Dieser Berg schmolz kontinuierlich ab. Bei der Befragung am 10. März 2011 votierten nur noch 15 Prozent für sie. Eine Woche später sprang der Anteil wieder auf 20 Prozent – am 11. März 2011 hatte die Katastrophe in Fukushima begonnen. In den Wochen, in denen der Atomausstieg vorbereitet und beschlossen wurde, erreichten die Grünen zeitweise 24 Prozent. Parallel zu den atompolitischen Ereignissen half ihnen der Wählerabstieg der Linkspartei, die schon im Januar 2011 mehr als 4 Prozent ihres Ergebnisses bei der letzten Bundestagswahl eingebüßt hatte.

Der demoskopische Abstieg der Grünen seit dem Sommer 2011 hing mit der Dethematisierung der für die Partei günstigen *issues* zusammen (Ende der Atomdebatte, Volksabstimmung für „Stuttgart 21“). Im Jahr 2012 fiel die Zustimmungsrate in den Bereich unter der 15-Prozent-Marke, mit dem *Déjà-vu*-Erlebnis von 11 Prozent im Oktober 2012.

Die grüne Konjunktur wird also stark von zwei Faktoren beeinflusst: Themen, die von anderen gesetzt werden, und Schwächen anderer Parteien. Solche Fremdauslöser funktionieren allerdings nur unter der Voraussetzung eines großen grünen Wählerpotentials⁵ und der positiven Zurechnung bei Themen des Kompetenzkerns (z.B. Atomausstieg, Technikkritik, Partizipation). Beides ist von den Grünen erarbeitet und nur deshalb können sie von solchen Konjunkturen auch profitieren.

4 Die folgenden demoskopischen Ergebnisse entstammen den kontinuierlich veröffentlichten Umfragen von TNS Infratest dimap („Sonntagsfrage“).

5 Die Grünen sind die Kleinpartei mit dem bei weitem größten Wählerpotenzial (im Oktober 2011 sagen 35 Prozent: „Wahl der Partei käme in Frage“) – es ist seit 2009 allerdings deutlich gewachsen (vgl. *Hilmer, R.*, a.a.O., 18-19).

Die wählerbezogenen Wechselwirkungen zur SPD bleiben für die Grünen zentral. Selten gewinnen beide zugleich, meist gewinnt eine Partei auf Kosten der anderen. Im Schnitt ist die SPD-Wählerschaft aber doppelt so groß wie die der Grünen. Kämpfe um „Hegemonie“ können sich nicht auf den Bund und nicht auf die Arithmetik beziehen.

III. Daueraufgabe: Erhalt und Transformation von Strategiefähigkeit

Der Dreiklang von Strategiefähigkeit – Führung, Richtung, Strategiekompetenz – muss geschaffen und durch permanente Anstrengungen erhalten werden.⁶ Das dynamische Moment der Anpassung an die jeweiligen Kontextbedingungen nennen wir Transformation.

Die bisherige Größe der Grünen begrenzt, aufgrund geringerer Komplexität und sinkendem Koordinationsbedarfs, die Anforderungen an ihre Strategie- und Steuerungsfähigkeit. Die geschätzte Strategiefähigkeit der Grünen liegt, auf einer Skala von 1 bis 10, etwa bei 4 bis 5. Das führt für die Partei in ihrem derzeitigen Zuschnitt noch zu befriedigenden Ergebnissen, wäre bei einem weiteren Größenwachstum aber kaum ausreichend.

1. Führung

Noch immer haben die Grünen Schwierigkeiten, ein funktionierendes und akzeptiertes strategisches Zentrum zu bilden. In ihrem ersten Jahrzehnt gab es – über Strömungen organisiert – den Kampf konkurrierender Machtzentren. Es fehlte ein informelles Netzwerk weniger Akteure, die zum Kern der strategischen Ausrichtung der Gesamtpartei hätten werden können.

Die Zeit 1991-1998 charakterisierte ein Machtgleichgewicht zwischen der zur Mitte hin geöffneten, mehrheitsfähigen Linken und der Realo-Strömung. Der Kampf um die Mehrheit der Partei blieb weiterhin offen, zur Herausbildung einer handlungsfähigen Kerngruppe von Führungsakteuren kam es nicht.

Die Regierungszeit 1998-2005 kennzeichnete eine Realo-Dominanz. *Joschka Fischer* war wichtigster Minister und Kristallisationspunkt eines informellen strategischen Zentrums: nicht alles geschah durch ihn, aber nichts Wichtiges – außer der grünen Strukturreform – gegen ihn. Medien stilisierten ihn zum „Alleinbestimmer“ der Partei – was er so nicht war.

6 Raschke, J./Tils, R.: Politik braucht Strategie – Taktik hat sie genug, Wiesbaden, 2011, 142-162.

Nach 2005 blieb die Realo-Dominanz. Allerdings sind die Realos (ca. 35 Prozent der Parteitage delegierten) bei Streitfragen nur in Kooperation mit der moderaten „Regierungslinken“ (ca. 10-15 Prozent) und Ungebundenen mehrheitsfähig. Anfangs gab es latente Konflikte um eine „Nachfolge Fischer“, aber niemand gewann so viel informelle Macht wie der frühere Spitzengrüne. *Renate Künast* und *Jürgen Trittin* zeigten ihre Führungsambitionen in verdeckten Kämpfen. *Trittin*, obwohl inzwischen deutlich realo-gefärbt und einflussreich, trug die falsche Herkunftsfarbe (links). *Künast* – auch kein „geborener“ Realo-Akteur – konnte sich einer Mehrheit ebenso wenig sicher sein.

Seit dem Debakel des Göttinger Parteitags im September 2007, mit der schmerzhaften Niederlage der Parteiführung gegenüber der Basis in der zentralen Frage des Afghanistankriegs, kam es zum Schulterschluss zwischen „Links“ und „Rechts“. Intensivierung der Elitenkooperation, gemeinsame Spitzenkandidatur von *Künast* und *Trittin* bei der Bundestagswahl 2009, erfolgreiches Management von Streitvertagung, Verschwiegenheit und Geschlossenheit (höchste Werte unter allen Parteien) – so entsteht Machtkonzentration, aber noch kein belastbares strategisches Zentrum.

Nach außen machte das lange Zeit einen guten Eindruck, die Führungsfrage schien geklärt. Es gab eine informelle Hierarchisierung im Gewande kollektiver Führung: Fraktion vor Partei, *Trittin* vor *Künast*. Weniger sichtbar waren die Kosten für die Herstellung einer internen Balance. So war z.B. der Führungsstil *Trittins* – entgegen seinem äußeren Erscheinungsbild und seinen strategischen Fähigkeiten – nach innen taktisch geprägt: vorsichtig, abwartend, absichernd.

2012 zeigten sich dann die Risse in der Machtarchitektur der Grünen bei der Aufstellung der Spitzenkandidaten für die nächste Bundestagswahl. Zugleich offenbarte sich eine Unsicherheit über die tragenden Organisationsprinzipien der Partei: galt Proporz bis dahin als fester Bestandteil der grünen Parteikultur, sollte nun ziemlich unvermittelt auf ein Konkurrenzmodell umgestellt werden. Sucht man nach Gründen dafür, war das Führungsvakuum bei der Realo-Strömung der wesentliche Ausgangspunkt, der durch – nicht geplante – Kettenreaktionen schließlich zur Urwahl führte.

Am Anfang stand das Liebäugeln der Realos mit der Einer-Kandidatur. Das passte zwar nicht zur Parteitradition, entwickelte sich aber nun zum Ideal der Realos. Hintergrund waren einerseits das erfolgreiche Beispiel von *Winfried Kretschmann* in Baden-Württemberg, der auf diese Weise sogar Ministerpräsident geworden war, und andererseits das Scheitern der Realo-Spitzenfrau *Renate*

Künast bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin im September 2011, das ihren politischen Stellenwert in kurzer Zeit dramatisch senkte. Ohne eigene anerkannte Spitzenkandidatin (*Göring-Eckart* gehört zu den Realos, war aber dort nicht mehrheitsfähig!) wollten die Realos nun den der Parteilinken zugerechneten *Jürgen Trittin* zum alleinigen Spitzenkandidaten der Grünen küren. Dagegen erhob sich der Widerspruch von *Claudia Roth*, die sich auf die Parteitradition einer Doppelspitze mit einem sicheren Frauenplatz berief. Diese Parteitradition war nur bei der Bundestagswahl 2005 von *Joschka Fischer* durchbrochen worden – damals allerdings mit Zustimmung von *Roth*. Der Versuch einer „Verständigungslösung“ nach altem Muster, die den Proporz gewahrt hätte (Fraktions-plus Vorstandsspitze, also vier Kandidaten), scheiterte an *Cem Özdemir*, dem anderen Parteivorsitzenden. So beschloss der Parteirat, die Spitzenkandidaten erstmals in einer Urwahl zu bestimmen.

Überraschenderweise wählten die grünen Mitglieder (mit der ungewöhnlich hohen Beteiligung von rund 62 Prozent) *Karin Göring-Eckardt* zusammen mit *Jürgen Trittin* zur Spitzenkandidatin. Es war ein Ausdruck des Wunsches nach personeller Erneuerung, nachdem sich schon seit einigen Jahren Jüngere aus der mittleren Elite der Bewerbung um eine Spitzenposition entzogen hatten (z.B. *Boris Palmer*, *Tarek Al-Wazir*, *Robert Habeck*, *Volker Ratzmann*). Die kollektive Vernunft, die bei einer Urwahl möglich, aber nicht garantiert ist, stellte trotz Konkurrenzprinzip das Gleichgewicht zwischen der linken und der Realo-Strömung her. Sogar ein Hyper-Gleichgewicht, weil „der Linke“ *Trittin* inzwischen soviel Realo ist wie „die Realen“ *Göring-Eckardt* seit jüngster Zeit Linke ist (vor allem in der Sozialpolitik). Nach innen Konvergenz, nach außen (für den Wahlkampf) Differenzierung – ein optimales Paar. Aus der ursprünglichen Absicht von *Roth*, den Einfluss *Trittins* zu begrenzen, ist nun – durch plebiszitäre Salbung und paradoxen Effekt – ein zusätzlicher Machtgewinn der grünen Nr. 1 geworden.

2. Richtung

Die Kontinuität der Positionierung in der linken Mitte zeigt, dass es dem grünen Management der Vielfalt gelungen ist, Kurs zu halten. Richtungsschwenks oder gar Zickzackkurse waren kein charakteristisches grünes Muster. Trotz starker Abwanderung von Wählern zur Linkspartei bei der Wahl 2005 kam es nicht zu einem von der Spitze geplanten oder gar durchgängigen „Linksruck“ der Partei. Auch die „Abrechnung“ mit der eigenen Regierungsrolle hielt sich in Grenzen. Sie beschränkte sich im Wesentlichen auf Teilkorrekturen bei der Sozial- und

Afghanistanpolitik. Anders als bei der SPD kam es nicht zu einer grundsätzlichen Spaltung über die eigene Regierungstätigkeit.

Die Ökologiefrage (Klima, Nachhaltigkeit, Green New Deal etc.) rückte in den Mittelpunkt und wurde als Kernkompetenz der Grünen ausgebaut. An den Verknüpfungen zu Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit arbeitete man. In der Koalitionsfrage sollte alles offen bleiben. Die Grünen übten sich in Zurückhaltung beim Ausschließen von Bündnissen oder der Festlegung auf einzelne Koalitionsoptionen. Mit allen sprechen, Koalitionen von Inhalten abhängig machen, keine Vorentscheidungen treffen, so lautete die Formel. Als *Trittin* und *Künast* das Ziel der Ampelkoalition in das Wahlprogramm von 2009 schreiben wollten, wurde das vom Parteitag verhindert. Es gilt eine Strategie der Eigenständigkeit, die innerparteilich als Stillhalteabkommen wirkt.⁷

3. Strategiekompetenz

Sah im ersten Jahrzehnt noch vieles dilettantisch und chaotisch aus, haben die Grünen – nach ihrer Trennung von den Fundi-Strömungen und nach ihrem selbstverschuldeten Ausscheiden aus dem Bundestag unter Ströbele bei der Bundestagswahl 1990 – sukzessive Strategiekompetenz aufgebaut. Der deutliche Zuwachs an Strategiekompetenz vor allem seit Anfang 2000 zeigt viele Facetten: Kooperation von Partei- und Fraktionsführung, Entwicklung des Parteirats als strategische Clearingstelle, erlernte Fähigkeit der Herstellung von Geschlossenheit (besonders wichtig in der Einschätzung der Wähler). Bis in die jüngste Zeit erweisen sich die Grünen geradezu als Meister inszenierter Geschlossenheit, bewusster Unterscheidung zwischen öffentlichen und nicht-öffentlichen, notwendigen und nicht-notwendigen Debatten, elektronischer Schnell- und Dauerkommunikation in der Partei. Auch die Professionalisierung des Apparats und die kontinuierliche Nutzung von Demoskopie bzw. Wahlkampfagenturen gehört zu ihrem Repertoire.

Wie gut sich die Grünen inzwischen strategisch steuern können, zeigte exemplarisch der hochkontroverse Parteitag im Juni 2011 in Berlin über die Frage, ob dem Atomausstieg und der Energiewende in der Version der schwarz-gelben Bundesregierung nach Fukushima zugestimmt werden sollte. Dort gelang eine Vereinheitlichung trotz richtungspolitisch heterogener Doppelspitzen, eine Debattensteuerung trotz ca. 800 Delegierten und Losverfahren (gesetzte Beiträge,

⁷ Vgl. dazu im Folgenden unter VII. 2. a).

ausgewählte Gastredner), eine Abstimmungssteuerung trotz ca. 100 Änderungsanträgen, die Festlegung von Sprachregelungen trotz offener, kontroverser, stundenlanger Debatte, die Entfaltung eines informellen Meinungsdrucks *von oben* (z.B. dem erzeugten Druck, aufgrund der Fernsehübertragung keine Anti-AKW-T-Shirts zu tragen) bei gleichzeitiger Rückmeldung über die Meinungsverteilung von der Basis *nach oben*. Das alles sind – allerdings sehr aufwendige – Sozialtechniken, mit denen sich auch eine in Restbeständen basisdemokratische Partei steuern lässt. Diese Demonstration von Strategiekompetenz ist hoch zu bewerten, gerade wenn man sich den damaligen Kontext einer Anti-Grünen-Kampagne von CDU/CSU und Teilen der Medien vergegenwärtigt, die die Grünen als Blockadepartei stigmatisierten und nach einem ablehnenden Votum des Parteitags (wofür nach Aussage des ehemaligen Umwelt-Staatssekretärs *Rainer Baake* von der Sache her ebenso viel sprach wie für eine Zustimmung) unerbittlich angegriffen hätten. Die erworbene Strategiekompetenz bleibt allerdings abhängig von informellen Konstellationen, dem Verhalten der Strömungen sowie dem „*will and skill*“ (*Shonfield*) von Führung, Apparat, Abgeordneten und Aktiven.

IV. Wachstumsperspektiven: Klein-, Mittel- oder Groß- bzw. Volkspartei?

Seitdem die Grünen auf Bundesebene die 10-Prozent-Marke überschritten haben, demoskopisch zeitweise in den 20er Prozenträngen notiert wurden und in ihrem Potential über 30 Prozent erreichen, stehen sie vor einer „Größenherausforderung“: Will man unbegrenztes Wachstum oder die Suche nach neuen Wählergruppen beschränken? Bislang gab es noch keinen Versuch einer gezielten Expansion der Grünen mit allen programmatischen, organisatorischen, personellen Konsequenzen (wie z.B. bei der SPD in den 1950/1960er Jahren mit ihrem Godesberger Projekt). Es ist eine strategische Frage, welche Wachstumsperspektive für die Zukunft gewählt wird. Denn Quantität ist eng mit Qualität verbunden: Die Größenordnung einer Partei stellt an die Akteure jeweils spezifische Anforderungen, eröffnet unterschiedliche Chancen und Risiken.

Die Parteienforschung hat Schwierigkeiten mit einer größenorientierten Parteitypologie jenseits der Volkspartei.⁸ Und selbst beim Konzept der Volkspartei herrscht Unsicherheit und Unbestimmtheit. Die historische Realität spezifischer deutscher Parteien wurde dabei zu einer analytischen Kategorie mit unscharfen Konturen verdichtet. Ausgehend von *Kirchheimers catch-all party* mit dem

8 Vgl. *Wiesendahl, E.*: Volksparteien. Aufstieg, Krise, Zukunft, Opladen, 2011.

Kernziel kurzfristiger Stimmenmaximierung und damit verbundenen organisatorischen, programmatischen und elektoralen Konsequenzen⁹ wurden eine Vielzahl weitere Bestimmungsmerkmale für Volksparteien entwickelt. Sie reichen von einer breiten Vertretung unterschiedlicher Klassen-, Schichten-, Konfessions- bzw. landsmannschaftlichen Zugehörigkeiten¹⁰ über eine Mitteposition im Parteiensystem¹¹ und die allseitige Koalitions- und Kompromissfähigkeit¹² bis hin zur gemeinwohlorientierten Politik des Interessenausgleichs¹³. Klarheit für die empirische Bestimmung von Volksparteien schaffte man damit nicht. Das zeigt gerade die Volkspartei-Debatte um die Grünen während ihres demoskopischen Höhenflugs.¹⁴ Noch viel weniger eignet sich diese Typologie für die strategische Größenorientierung von Parteiakteuren. Da eine „Größentheorie“ von Parteien noch nicht existiert, die die Logik der jeweiligen Größe herausarbeitet, müssen hier einige Hinweise genügen. Gearbeitet wird mit der Unterscheidung von Klein-, Mittel- und Großparteien.

Kleinparteien sollen Parteien bis 10 Prozent, Mittelparteien die zwischen 10 und 20 Prozent, Großparteien die über 20 Prozent umfassen. Die Übergänge sind fließend und bei Großparteien kann man zwischen kleinen (20-30 Prozent), mittleren (30-40 Prozent) und großen (über 40 Prozent) Großparteien unterscheiden.

Über die höchsten Freiheitsgrade verfügen die Kleinparteien. Vor allem in ihrer frühen Phase. Sie können beispielsweise Bewegungs-, Protest-, Klientel-, Interessen-, Ein-Punkt-Partei sein. Damit erfüllen sie Zwecke wie Ergänzung, Kritik oder Innovation. Großparteien dagegen werden mit zwei harten Anforderungen konfrontiert: Professionalität und Steuerung. Sie sind heute unabdingbar professionelle Steuerungsparteien. Ihre Professionalität zeigt sich in strategischem Handeln unter Verwendung moderner Steuerungsmittel (Demoskopie, Marketing, Medienkommunikation). Als Steuerungsakteur müssen sie die komplexe

9 Kirchheimer, O.: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift 6 (1965), 20-41.

10 Vgl. nur Lösche, P.: Ende der Volksparteien. Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51 (2009), 6-12; Wiesendahl, E.: Etablierte Parteien im Abseits? Das Volksparteiensystem der Bundesrepublik vor den Herausforderungen der neuen sozialen Bewegungen, in: Wasmuht, U. C. (Hg.): Alternativen zur alten Politik?, Darmstadt, 1989, 82-108.

11 Schmidt, M.G.: Wörterbuch der Politik, 3. Auflage, Stuttgart, 2010, 869.

12 Lösche, P./Walter, F.: Die SPD: Klassenpartei-Volkspartei-Quotenpartei, Darmstadt, 1992, 6-7.

13 Haungs, P.: Parteiendemokratie in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, 1980, 72.

14 Vgl. etwa Probst, L.: Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur „Volkspartei“? Eine Analyse der Entwicklung der Grünen seit der Bundestagswahl 2005, in: Niedermayer, O. (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden, 2011, 131-156.

Koordination einer Vielzahl von Referenzpunkten (Probleme, Wähler, Programm, Konkurrenz) gewährleisten. Großparteien waren die Motoren einer steuerungorientierten Professionalisierung. Sie haben dafür Geld, umfangreiches Personal und vor allem: Bedarf. Denn Großparteien leben wenig von Vorgaben und eingespielten Traditionen, sehen sich stattdessen komplexen Steuerungsaufgaben mit schwierigen Spannungsverhältnissen zwischen *vote*-, *policy*- und *office-seeking* gegenüber.¹⁵

Kleinparteien können länger ohne ernsthafte Professionalisierung auskommen (wie die frühen Grünen oder die heutige Piratenpartei). Und sie können ihre Funktion sehr reduziert bestimmen: nur Protest, keine Gestaltung; nur ein Thema oder Vertretung nur eines Interesses; nur Mobilisierung, ohne an Regierungsaufgaben zu denken.

Mittelparteien stehen auch in ihrer Handlungslogik zwischen identitätsorientierter Kleinpartei und der auf professionelle Gesamtsteuerung ausgerichteten Großpartei. Sie kennzeichnet eine Übergangszone der Ambivalenz. Ihr Schicksal ist besonders prekär: Sie können aufsteigen oder zurückfallen. Mittelparteien operieren in einem Feld der Zwiespältigkeit, wo die harten Anforderungen der Großparteien den Freiheiten der Kleinparteien gegenüber stehen. Man mag glauben, diesem Dilemma entkommen zu können – bis die banale Handlungslogik der Größe greift.

Für den Kollektivakteur existieren Handlungsalternativen des Wachstums: entscheiden oder hineinwachsen. Man kann in eine neue Größenordnung von Wahl zu Wahl hineinwachsen, dann muss man nicht vorher entscheiden, aber nachträglich die Handlungslogik verändern. Oder man entscheidet sich, das Ziel eines Größenwachstums zu verfolgen. Dann braucht man eine kohärente Führungsgruppe, eine klare Zielbestimmung und: viel Zeit und Geduld. Der Weg der SPD zur Volkspartei mit einem Stimmenanteil von über 30 Prozent glückte, weil er diese Voraussetzungen erfüllte. Der dezisionistische Versuch von *Möller*, aus der Kleinpartei FDP handstreichartig eine ausgewachsene Mittelpartei (18 Prozent!) mit Kanzlerkandidat zu machen, scheiterte, weil er all diese Bedingungen verfehlte.¹⁶

15 Vgl. Müller, W. C./Ström, K. (Hg.): *Policy, Office or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions*, Cambridge, 1999.

16 Vgl. zu beiden Fällen Raschke, J./Tils, R.: *Politische Strategie. Eine Grundlegung*, Wiesbaden, 2007, 349-352 und 443-451.

Es sind drei spezifische Faktoren, die für die Grünen bei einer Entscheidung in der Wachstumsfrage von besonderer Bedeutung sind:

- Bislang zeigt die Wachstumskurve der Partei eine langsame, strukturelle Größenveränderung. Die Grünen profitieren dabei von Entwicklungen hin zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, da sie für die Wähler dieser gesellschaftlichen Segmente besonders attraktiv sind. So haben sie sich im Bund von 5 bis 7 Prozent Stimmenanteil in den 1990er Jahren im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends größtmäßig in die Spanne zwischen 8 und 10 Prozent bewegt. Man darf daran erinnern, dass sie bei der letzten Bundestagswahl 2009 nur knapp darüber lagen (10,7 Prozent) – also allenfalls im Übergang von der Klein- zur Mittelpartei.
- Auch der Generationenwechsel arbeitet für die Partei. Die Jüngeren wählen überproportional die Grünen, so dass bei einer fortwährenden Bindung von weiteren Stimmenzuwächsen auszugehen ist. Ganz anders stellt sich in dieser Hinsicht die Lage etwa bei den Unionsparteien dar, die seit 1990 5,3 Millionen verstorbene Wähler zu verzeichnen haben – also während einer Legislaturperiode im Durchschnitt ca. 1 Million Wähler allein durch deren Ableben verloren.
- Schließlich haben die Grünen auch schon selbst aktiv an der Senkung von Barrieren gegenüber Wählern aus dem bürgerlichen Lager gearbeitet. Die Wirtschaftsfreundlichkeit grüner Marktwirtschaftler, eine schwarz-grüne Koalition in Hamburg oder das Jamaika-Bündnis mit CDU und FDP im Saarland sind Ausdruck davon.

Dennoch lässt sich im Rückblick konstatieren, dass die Grünen bislang eine eher passive, anpassende Grundorientierung in der Wachstumsfrage zeigen. Als wüssten sie, dass das Setzen von Wachstumszielen eine Veränderung der Handlungslogik, eine Herausforderung für die Parteieliten und einen Strukturwandel der Partei bedeuten. Einzelne haben die von außen herangetragene Frage „Volkspar-
teie“ aufgegriffen¹⁷ – ein Diskurs und ein Projekt sind daraus nicht geworden. Eine Debatte über die Entwicklung der Grünen hin zu einer Volkspartei auf Bundesebene greift ihrer heutigen Entwicklung, die eher Chancen für eine Mittelpartei (im unteren Bereich!) birgt, weit voraus. Fragt man die Wähler, welche Parteien dazu in der Lage seien, die wichtigsten Probleme Deutschlands zu lösen, liegen die Grünen mit 5 Prozent weit hinter den beiden Volksparteien Union (36 Prozent) und SPD (26 Prozent).¹⁸

17 Vgl. *Palmer, B.*: Grünes Wachstum – um welchen Preis? Fünf Thesen zur Diskussion im Parteirat am 23. Mai 2010.

18 *Hilmer, R.*, a.a.O., 36.

Der Weg zu einer Volkspartei ist für die Grünen steinig. Dazu müssten sie zumindest die zwei Zentralkriterien einer Volkspartei erfüllen: eine breite sozialstrukturelle Verankerung in gesellschaftlichen Großgruppen und die Repräsentation einer entsprechend breiten gesellschaftlichen Wert-, Interessen- und Themenvielfalt. Bis jetzt sind die Grünen immer noch eine Partei der Höherqualifizierten und Besserverdienenden aus dem ökologisch-postmaterialistischen Spektrum. Bei Arbeitern, Arbeitslosen, Rentnern, Geringqualifizierten und Schlechterverdienenden sind sie deutlich unterrepräsentiert. Die Themen innere Sicherheit und Wirtschaftswachstum führen den Grünen kaum Wähler zu. Volkspartei könnten sie erst werden, wenn sie die Breite der Gesellschaft sozialstrukturell, thematisch, wert- und interessenpolitisch abdecken. Da wartet noch viel Arbeit.

Sollte die Partei sich entschließen, eine aktive Wachstumsstrategie zu entwerfen, muss sie intern zunächst eine ganze Reihe von Fragen klären:

- Wollen wir uns – via Mittelpartei – überhaupt auf den Weg zu einer Groß- oder Volkspartei machen?
- Was wären Gewinne, was wären Kosten einer Entwicklung zur Volks- bzw. Großpartei?
- Ist in der Wissensgesellschaft eine Groß- bzw. Volkspartei möglich, die sich allein auf postindustrielle Sektoren stützt?
- Gelten, entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung, eingeschränkte Repräsentativitätserfordernisse für Groß- bzw. Volksparteien?
- Bei welchen Themenfeldern lägen grüne Wachstumspotenziale?
- Müssten sich bei einer Wachstumsstrategie nur die Kommunikation oder auch die Ziele ändern?

V. Grüne Werte und Interessen

In der Sozialstruktur der Grünen sind Interessen und Werte gegenläufig gerichtet. Sozialstrukturell Teil des oberen Drittels sozialer Schichtung, wollen sie eine Partei der linken Mitte sein. Das geht vor allem über ihre Orientierung an Werten der Solidarität, Gerechtigkeit, Ökologie und der Lebensqualität für alle. Die materiellen Interessen sind nicht ihre Weichensteller, Werte aber sind nicht frei schwebend. In diesem Dilemma müssen die Grünen einen eigenen Weg finden. Wir können das hier nur in Stichworten entwickeln.

Die grüne Wählerschaft konzentriert sich in zwei Schichtungstypen: „kritische Bildungseliten“ und „engagiertes Bürgertum“.¹⁹ Bei den Grünen machen sie über 60 Prozent der Wähler aus, in der Gesamtheit lediglich knapp 20 Prozent.²⁰ Das sind zugleich die Gruppen mit den stärksten nicht-materiellen, stark wertorientierten Erwartungen gegenüber Parteien. Verstärkt man diesen Schwerpunkt, bedeutete das noch größere sozial einseitige Repräsentation. Bei keiner Partei sind die Anteile aus diesen beiden Gruppen auch nur annähernd so stark wie bei den Grünen. Dafür sind sie in den Gruppen des mittleren und unteren Drittels der Gesellschaft so schwach vertreten wie keine der anderen Parteien. Die Grünen sind eine sozial abgehobene Wertepartei. Sie sind, mehr als die anderen, die Partei eines wertprofilieren oberen Schichtungssegments.

Die politisch artikulierte soziale und wertbezogene Gegnerschaft besteht zu den beiden anderen Gruppen des oberen Drittels, den neoliberalen „Leistungsindividualisten“ und „etablierten Leistungsträgern“. In diesen Segmenten liegt die besondere Stärke der FDP. Dort gab es bei der Bundestagswahl 2009 die stärkste Abwanderung von der Union zur FDP. Die größte Distanz zu den Grünen existiert bei zwei Gruppen des unteren Drittels: den „autoritätsorientierten Geringqualifizierten“ und dem „abgehängten Prekariat“ – aber dort artikuliert man sich allenfalls rechtspopulistisch.

Es gibt für die Grünen keine über ihren Schwerpunkt hinausgehende, evidente Zielgruppe. Eine Strategie des Wählerzuwachses, die mehr als ein Nullsummenspiel mit der SPD bliebe,²¹ könnte in zwei Richtungen gehen: Zugewinne bei den Leistungsindividualisten bzw. ambitionierten Leistungsträgern oder bei Gruppen des mittleren Drittels. Dagegen ergeben sich, unter wähersoziologischen Gesichtspunkten, wenig Ansatzpunkte und Anreize im unteren sozialen Drittel. Da der Werteappell bei mittleren und unteren sozialen Schichten – wie man nach 30 Jahren Parteigeschichte konstatieren muss – auf deutliche Grenzen stößt, müsste man wohl mit materiellen Anreizen operieren.

Eine Strategie interessenorientierter Anpassung an die neoliberalen Teile des oberen Drittels ist mit den egalitären Elementen der grünen Ideologie unverein-

19 Vgl. zu diesen und den folgenden Daten *Müller-Hilmer, R.*: Gesellschaft im Reformprozess, TNS Infratest Sozialforschung, Berlin, Juni 2006.

20 Die Relationen haben sich auch bei der Bundestagswahl 2009 nicht verschoben: kritische Bildungseliten 30 Prozent, engagiertes Bürgertum 27 Prozent (vgl. *Hilmer, R./Müller-Hilmer, R.*: Die SPD vor der Bundestagswahl 2013, TNS Infratest Politikforschung, Berlin, 15. August 2012, 5).

21 Der Wähleraustausch zwischen Grünen und SPD findet vor allem innerhalb der kritischen Bildungseliten und des engagierten Bürgertums statt.

bar. Also bleibt im Wesentlichen eine Strategie wertorientierter Umverteilung. Sie verbessert die materiellen Lebenslagen des mittleren (und unteren) Drittels unter Bezug auf Werte von sozialer Gerechtigkeit, Ökologie und Lebensqualität. Wie verträgt sich eine Umverteilungsstrategie, die bei den Oberschichten zu- langt, mit Ambitionen bürgerlich-grüner Koalitionen? Kommunal- und landespo- litisch kommt es, mangels gesetzgeberischer Zuständigkeit, nicht zum Schwur. Bundespolitisch wären aber harte Entscheidungen notwendig. Kompromisse und Anpassungen an materielle bürgerliche Interessen bedeuteten dann auch die materielle Schonung wichtiger Teile der eigenen Klientel. Es ist für die Grünen schwer, aus ihren sozialstrukturell-ideologischen Widersprüchen heraus zu fin- den. Konflikte scheinen dort vorprogrammiert.

Auf ihrem Hannoveraner Parteitag im November 2012 waren diese Widersprü- che mit Händen zu greifen. Man erklärt auf der Basis nur einiger wertkonservati- ver Randpositionen CDU-Wähler zur Zielgruppe – mit Steuererhöhungen für Besserverdienende, einer Abschmelzung des Ehegattensplittings und anderer materieller Unfreundlichkeiten.²² Gleichzeitig macht man den unteren Sozial- schichten im Namen der Gerechtigkeit moderate, in ihrer Verbindlichkeit weich formulierte materielle Angebote, die die gut situierten grünen Wähler nicht ver- schrecken sollen, die chronisch den Grünen fern stehenden schlecht Situierten aber wohl nicht erreichen werden. Eine einfache Strategie, aus den Begrenzun- gen ihres Wert-Interessen-Konflikts auszubrechen, gibt es für die Grünen nicht.

VI. Inhaltliche Profilierung

Die Hintergrundfolie, vor der sich die inhaltliche Profilierung der Grünen aus strategischer Perspektive analysieren lässt, ist das Konzept der drei Mehrheiten. Dieses Konzept besagt, dass es in der Gesellschaft eine wirtschaftliche, eine soziale und eine kulturelle Mehrheit gibt. Gewonnen werden diese Mehrheiten über zugerechnete Parteikompetenzen. Die Mehrheit in den ökonomischen Fra- gen ist Schwarz-Gelb, in der kulturellen und sozialen Dimension liegt sie bei den Parteien des linken Spektrums. Man kann es auch so formulieren: Die Menschen wollen eine effiziente, eher „bürgerliche“ Ökonomie in einer rot-grünen Gesell- schaft.

Alle Parteien sind auf Ergänzung angewiesen oder müssen mit Konflikten bzw. Polarisierung rechnen. Es gibt nicht drei Mehrheiten in einer Partei. Der SPD

²² Die Bilanz der Wählerwanderung zwischen Grünen und CDU/CSU bei den Bundestagswahlen 1998- 2009 lag im Übrigen bei -0,09 Millionen Stimmen! Vgl. *Hilmer, R.*, a.a.O., 21.

fehlt bisher die Wirtschaftskompetenz, der Union die (gesicherte) soziale und die kulturelle Kompetenz. Kleinparteien können nur durch starke Spezialisierung überleben. Offen bleibt die Frage, wofür sie neben ihrem Schwerpunkt noch stehen.

Es gibt auch nicht drei Mehrheiten in einem Lager. Das bürgerliche Lager ist auf die Ökonomie zentriert, das (potentielle) linke Lager hat seine Stärke bei sozialer Gerechtigkeit und kultureller Modernität. Für einen Wahlsieg braucht man üblicherweise zwei Themen plus hinreichende Wirtschaftskompetenz (linkes Spektrum) oder starke Wirtschaftskompetenz plus ein Thema (bürgerliches Lager). 1998 gewann Rot-Grün mit den Themen sozialer Gerechtigkeit und kultureller Modernisierung, wobei es man gleichzeitig positive wirtschaftliche Erwartungen zu wecken vermochte. 2002 konnte das Bündnis, bei knappem Sieg, noch einmal eine ähnliche Konstellation herbeiführen. Der Union, die schon wie der Sieger aussah, fehlte damals ein zweites Thema. Ihr Monothema Ökonomie wurde abgefangen durch Krieg/Frieden und Flut/Solidarität. 2005 endete praktisch in einem Patt der beiden Volksparteien, Ökonomie stand gegen Gerechtigkeit, die Große Koalition wurde zum Ausdruck des Gleichgewichts. Den Sonderfall bildete 2009: Vor dem Hintergrund einer Wirtschaftskrise siegte Ökonomie als Monothema, bei der viele die traditionell der CDU/CSU und FDP zugeschriebene Wirtschaftskompetenz suchten. Hinzu trat die besondere Schwäche der SPD.

Das Drei-Mehrheiten-Konzept hilft bei der strategischen Sortierung der jeweiligen Dimensionen in den einzelnen Politikfeldern, die positiv auf die grünen Kompetenzzurechnungen wirken. Die Grünen sind der wichtigste Repräsentant einer kulturellen Modernisierung, im Kern mit dem Großthema Ökologie. Das ist ihr wesentlicher Beitrag zur sozial-kulturellen Mehrheit, auf der Rot-Grün fußt. Unterstützend wirken ihre Eintragungen vor allem bei der Gerechtigkeits-, am Rande auch bei der Wirtschaftskompetenz.

Die grüne Kernkompetenz der Ökologie wird im Wahljahr vor allem im Feld der Energiewende auf die Probe gestellt. Die Energiewende ist das Fortsetzungs- und Nachfolgethema grüner Atompolitik – unter neuen Voraussetzungen. Die große Herausforderung besteht auch für die Grünen darin, Lösungsvorschläge für eine ökologisch ausgerichtete, sozial ausbalancierte und zugleich ökonomisch tragfähige Umsetzung der Energiewende zu entwickeln. Die Energiepolitik ist ein Feld, in dem Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik zusammenfließen. Entsprechend der Schwerpunktsetzungen in ihrem Drei-Mehrheiten-Profil versuchen die Grünen bei der Energiewende dafür Sorge zu tragen, dass die Betonung ihres ökologischen Profils (kulturelle Dimension) nicht in einen zu starken Wider-

spruch zu ihrer Gerechtigkeitskompetenz (soziale Dimension) und ihrer Wirtschaftskompetenz (ökonomische Dimension) gerät. Die Erneuerung der Energieversorgungsstruktur mit regenerativen Energien und ohne Atomkraft bleibt ihr wichtigstes Ziel. Sie soll aber nicht durch soziale Überlastungen (Strompreise) und wirtschaftliche Hemmnisse (Energiekosten) erkaufte werden. In der kulturellen Dimension versuchen die Grünen zu gewinnen, indem sie das Leitbild einer dezentralen Energieversorgung und bürgernaher energiepolitischer Entscheidungen gegen das Feindbild der bislang bestehenden Monopolstrukturen der großen Energieversorger in den Vordergrund rücken.²³

Neben der Energiepolitik betonen die Grünen für ihre wahlpolitische Profilierung 2013 insbesondere das Feld der sozialen Gerechtigkeit.²⁴ Die soziale Mehrheit wird dabei, an bisherige Traditionslinien der Partei anschließend, vor allem durch eine umverteilende soziale Sicherungspolitik angesprochen (z.B. Mindestlohn, Erhöhung Bafög, Anhebung ALG II-Sätze, Garantierente). Die Gerechtigkeitsfrage des Auseinanderdriftens der Gesellschaft (soziale Dimension) rückt ins Zentrum grüner Politik. Dafür entwickelt man neben konkreten, durchgerechneten Einsparungs- und Einnahmeverbesserungsvorschlägen (ökonomische Dimension) auch werteorientierte Begründungszusammenhänge (kulturelle Dimension), die ausdrücklich auf unterschiedliche Wertekonzepte wie die Verteilungs-, Teilhabe-, Generationen- oder Geschlechtergerechtigkeit Bezug nehmen. Die kulturelle Mehrheit soll mit einem grünen Gesellschaftsbild erreicht werden, dass den Menschen und seine Entfaltungsmöglichkeiten in den Mittelpunkt stellt. Dafür wird ein starker Staat (auf gesamtstaatlicher und kommunaler Ebene) als erforderlich angesehen, der durch funktionierende öffentliche Einrichtungen Gerechtigkeit schaffen und die Selbstbestimmung der Menschen zu ermöglichen vermag.

Drei-Mehrheiten-Dimensionierungen können auch für andere Themenfelder vorgenommen werden, um in strategischer Perspektive inhaltliche Profilierungspotentiale zu erschließen. Das beträfe etwa die Agrarwende, bei der die Grünen einerseits eine klima- und umweltverträgliche Tierhaltung und Bodennutzung anstreben, andererseits einen Beitrag zum „guten Leben“ (kulturelle Dimension) durch gentechnikfreie und ökologisch erzeugte Lebensmittel sowie regionale

23 Vgl. dazu die Beschlüsse „Eine Gesellschaft für Alle: Umfassende Teilhabe und Selbstbestimmung durch gute Institutionen und gerechte Verteilung“ und „Wo Erneuerbare wachsen wird Kohle weichen!“ im Rahmen der Bundesdelegiertenkonferenz in Hannover, 16.-18. November 2012.

24 Beschluss „Eine Gesellschaft für Alle“, ebd.

Produkt- und Vermarktungsketten leisten wollen. Immer geht es für die Grünen darum, durch ihre inhaltlichen Positionierungen und ihr kommunikatives *framing* kulturelle und soziale Mehrheitspotentiale zu erschließen und diese gleichzeitig durch ausgewiesene ökonomische Flankierungen abzusichern.

Mit Blick auf die – unabwendbar erscheinende – Euro-Rettungspolitik gilt für die Grünen (wie auch für die SPD): So viele Kritikpunkte es am *Merkelschen* Krisenmanagement auch gibt, so sehr kommt es für beide Parteien vor allem darauf an, die politische und öffentliche Aufmerksamkeit auf die deutsche Innenpolitik zu lenken. Als Oppositionsparteien werden die Grünen (und die SPD) nur durch eine innenpolitische Profilierung, nicht aber durch gute europapolitische Ideen – so notwendig sie auch sein mögen – erfolgreich sein. Noch nie haben Oppositionsparteien in Deutschland mit außenpolitischen bzw. europäischen Themen eine Bundestagswahl gewonnen. Das wird auch 2013 so sein.

Insgesamt wird in der programmatischen Aufstellung der Grünen für die Bundestagswahl 2013 bislang keine Strategie erkennbar, die offensichtlich darauf gerichtet wäre, nach oben (Leistungsindividualisten/Leistungsträger) oder nach unten (Geringqualifizierte/Prekariat) explizit neue Wählergruppen zu erschließen.²⁵ Die damit einhergehenden Wert-Interessen-Konflikte würden dabei nach oben hin etwa eine andere Steuer- und Sozialpolitik, nach unten hin zumindest eine andere Sicherheits-, Industrie- und Integrationspolitik erforderlich machen.

VII. Positionierung im Parteiensystem

Es gibt eine Zweiteilung im deutschen Parteiensystem: Parteien der Gesamtverantwortung (CDU/CSU, SPD, Grüne) und Parteien der Partikularinteressen (FDP – Marktradikalismus, Linke – Maximierung von Gerechtigkeit, Piraten – Protest, Generation und *single issue*-Ansatz). Diese gegensätzlichen Grundorientierungen erschweren Koalitionen zwischen Parteien mit Gesamt- und solchen mit Partikularorientierung. Die Grünen repräsentieren als einzige der Kleinparteien mit Gesamtverantwortung zwar nicht selbst die gesamte Breite gesellschaftlicher Interessen, aber sie vergegenwärtigen und berücksichtigen sie Interessen außerhalb ihrer eigenen Reichweite – wenn auch nach Prüfung mit eigenen Legitimitätsvorstellungen.

²⁵ Vgl. dazu auch den Abschnitt V.

1. Verhältnis zur Piratenpartei

Die konkurrenzpolitischen Positionierungen der Grünen im Verhältnis zu ihren Wettbewerbern CDU/CSU, FDP, SPD und Linkspartei sind weitgehend geklärt. Unklarer und spannender ist dagegen die Beziehung zu der auf den ersten Blick „nahestehenden“ Piratenpartei.

Wie für alle, ist es auch für die Grünen schwierig, das Piraten-Phänomen richtig zu deuten und die passende Strategie zu finden.²⁶ Bei ihrem Aufstieg nach der Berlin-Wahl 2011 haben die Piraten aus allen Richtungen des Parteiensystems gewonnen.²⁷ Sehr viele Stimmen kamen von Nichtwählern, Linken und bürgerlichen Parteien, deutlich weniger von SPD und Grünen. Dennoch ist die Abwanderung für die Grünen – relativ zu ihrer Größe – bedeutsam. Zudem wirbeln die Piraten ein Potential auf, das Überschneidungen zum grünen Wertehaushalt zeigt.

Radikal-individualistischer, vielfach prekärer Postmaterialismus mit Netz-Obsession und Demokratie-Populismus wäre eine erste Formel, um das Piraten-Profil zu entziffern. Eine elektronisch gewendete, individualistisch zugespitzte und gruppenfeindliche Basisdemokratie (mit Aversion gegenüber Strömungen) steht im Mittelpunkt ihrer breiteren Ausstrahlung. Sie verdichtet sich in Forderungen nach Transparenz und – etwas schwächer – Beteiligung. In materiellen Fragen oszillieren die Piraten zwischen Marktliberalismus und forcierter Grund-sicherungspolitik. Soziale Absicherung ist besonders wichtig, weil die Piraten von der Lebenslage her eher einen prekären Postmaterialismus vertreten, der sich vom gesellschaftlich etablierten Postmaterialismus der Grünen unterscheidet. In vielen anderen Fragen und Wertpositionen bleiben die Piraten bis heute ein weitgehend unbeschriebenes Blatt. Ihre Einordnung knapp links der Mitte zeigt, dass sie sich weder links noch rechts profiliert haben, sondern so etwas wie ein „Allesverwerter“ sind. Neben der Internetpolitik findet sich wenig Gefestigtes. Das ist für ihre Funktion als Protestpartei günstig, für ihre Funktion als Parlaments- oder gar Regierungspartei aber nachteilig. Die Wählerschaft der Piraten besteht

26 Aus der inzwischen breiten Literatur zu den Piraten sei verwiesen auf Haas, S./Hilmer, R.: Digitale Wutbürger oder Grüne 2.0? Zur Wählerstruktur der Piratenpartei, in: Schröder, M. (Hg.): Die Web-Revolution, München 2012, 175-200; Brähler, E./Decker, O.: Die Parteien und das Wählerherz, Leipzig 2012; Oncken, H./Schneider, S.H.: Entern, kentern oder auflaufen? Zu den Aussichten der Piratenpartei im deutschen Parteiensystem, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 3/2012, 609-625; Buck, S.: Liquid Democracy – eine Realisierung deliberativer Hoffnungen? Zum Selbstverständnis der Piratenpartei, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 3/2012, 626-635.

27 Hilmer, R., a.a.O., 23.

aus drei sich überschneidenden Kreisen: dem netzpolitischen Kern, der generationsspezifischen Erfahrung von Internet als Lebenswelt und den Randwählern einer diffusen Parteienverdrossenheit. Der innere und der äußere Bereich sind für die Grünen am wenigsten erreichbar.

Konkurrieren, kooperieren, absorbieren sind drei wichtige Stichworte für das Verhältnis zu den Piraten. Konkurrenz ist evident: auseinandersetzen, argumentieren, einen Diskurs zu den Piraten organisieren.²⁸ Strategisch stellen sich für die Grünen zwei Alternativen: kooperieren oder absorbieren. Die Grünen könnten – trotz ganzer Absage der SPD und halber Absage der Piratenpartei selbst – den Piraten eine Kooperation offensiv antragen. Absorption als Strategie wäre nahe liegend, wenn die Piraten nicht eine neue, eigene gesellschaftliche Konfliktlinie repräsentieren und nicht die Mittel zum Aufbau von Strategiefähigkeit finden – nach beidem sieht es bisher nicht aus. Angesichts des Struktur Mangels und einer vermutbaren Überlebensschwäche der Piraten könnten mittelfristig beide Strategien zusammenfallen: selbst Kooperation führt zu Absorption. Keine Konfrontation also gegenüber einer wertpolitisch teilweise nahe stehenden Partei, aber sachorientierte Konkurrenz, Verwicklung in Realismusdebatten und Klärungsdiskurse, eventuell auch Zusammenarbeit – der ganz normale Weg der Entzauberung.

Einige Grüne sehen die Piraten als Koalitionsreserve, wenn anders eine Mehrheit links von der Union nicht möglich ist.²⁹ Andere verstehen die Grünen eher als Auffangorganisation für eine von Verfall bedrohte Piratenpartei. Da die SPD frühzeitig eine Koalition mit den Piraten nach der Bundestagswahl 2013 ausgeschlossen hat, laufen Empfehlungen, sich für eine „Sri-Lanka-Koalition“ offen zu halten, eigentlich ins Leere. Falls die Piraten ihr Überleben doch noch organisieren können, werden sie auch hier – wider Willen – etwas vom Aufstieg der Grünen wiederholen müssen: Ohne den Test auf Landesebene läuft auf der Bundesebene gar nichts.

2. Koalitionsoptionen

Auch vor der Entscheidung über mögliche andere Koalitionsoptionen müssen die Grünen, neben den inhaltlichen Schnittmengen, vor allem über eines nachden-

28 Vgl. Hönigsberger, H./Osterberg, S.: Diskurs mit den Piraten. Eine sprachbasierte Lageanalyse und Empfehlungen zu einer Diskursstrategie, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, Oktober 2012.

29 Wiesenthal, H.: Auf dem Weg in die Regierung? Die Grünen vor der Bundestagswahl, in: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur, 3/2012, 6-25.

ken: die Wählererwartungen. Die Wähler geben ihren Parteien keinen „Freifahrtsschein“ für die Partnersuche. Es gibt eine starke Erwartung, dass die Partei der eigenen Koalitionspräferenz folgt. Dreiviertel der Wähler sind der Auffassung, dass die Koalitionsaussagen der Parteien vor der Wahl wichtig oder sehr wichtig sind.³⁰ Anders gesagt: Der Wähler möchte sich vor unliebsamen Überraschungen schützen. Erst ein Wahlergebnis, das von der Koalitionspräferenz signifikant abweicht, gibt den Parteien neue Freiheiten bei der Partnerwahl.

Aktuell sind die Koalitionspräferenzen der Grünen-Anhänger völlig klar. 92 Prozent wollen Rot-Grün und selbst die Große Koalition rangiert deutlich vor Schwarz-Grün und der Ampel.³¹ Diese Ausgangslage erschwert das Verfolgen eines Konzepts der Eigenständigkeit, lädt dazu ein, die Ampel schon vor der Wahl auszuschließen und lässt schwarz-grüne Ambitionen wie aus der Zeit gefallen erscheinen. Es gibt noch keine Beispiele, bei denen die Grünen mit einer Koalitionsaussage zugunsten der CDU vor der Wahl erfolgreich waren. Immer mussten sie einen Stimmenentzug bei erklärtem schwarz-grünem Koalitionsziel hinnehmen. So war es beim „Sager-Effekt“ in Hamburg oder dem „Künast-Effekt“ in Berlin. Dennoch bleibt das Experimentierfeld Landespolitik geöffnet.

a) *Kurs der Eigenständigkeit*

Die Strategie der Eigenständigkeit war eine Reaktion auf die Erfahrungen in der von *Gerhard Schröder* geführten rot-grünen Koalition. Die Rede von „Koch und Kellner“, die eigenmächtige Auflösung des Bundestags 2005 (gegen den Willen der Grünen), die nachträgliche Behauptung *Schröders*, Rot-Grün sei ein Irrtum gewesen, all dies verfehlte seine Wirkung nicht. Die „Entfremdung“³² zwischen Rot und Grün während der Großen Koalition (2005-2009) kam verstärkend hinzu. Der Kurs der Eigenständigkeit wurde 2008 für die Bundestagswahl 2009 formuliert, bei der die SPD sich die Hintertür zur Ampel offen hielt. Im Kern war Eigenständigkeit eine reaktive Strategie – und eine Strategie der Schwäche.

Eigenständigkeit ist für Parteien eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Der Gegensatz wäre Bündnisstrategie, das erklärte Hinarbeiten auf eine Koalition. Die parteioffizielle Definition von Eigenständigkeit heißt, in der Formulierung des Länderrats der Grünen im April 2008: „Es ist programmatisch offenkundig, dass keine Äquidistanz zu den verschiedenen konkurrierenden Parteien existiert; es

30 Decker, F./Best, V.: Schwarz-grüne Koalitionen als strategische Herausforderung für die Sozialdemokratie, in: Kronenberg, V./Weckenbrock, C. (Hg.): Schwarz-Grün, Wiesbaden, 2011, 415-426, hier 415.

31 Aktuelle Umfragen von TNS Infratest dimap im November und Dezember 2012.

32 Probst, L., a.a.O., 145.

gibt nun einmal mehr Überschneidungen mit der SPD. Gleichwohl sind wir grundsätzlich bereit, unterschiedliche Koalitionsoptionen zu prüfen. Wir machen nicht Lagerpolitik, sondern verfolgen eine Politik der Eigenständigkeit. Eigenständigkeit verlangt inhaltliches Profil. Grünes Profil definiert die unterschiedliche Nähe und Ferne zur politischen Konkurrenz – und damit auch die Hürden für Koalitionsmöglichkeiten. Elementare Voraussetzung dafür, dass ein solcher eigenständiger Kurs erfolgreich sein kann, ist, dass wir die Erkennbarkeit, Berechenbarkeit, Ausstrahlung und visionäre Kraft grüner Politik durch klar profilierte Grüne Politik-Projekte herausarbeiten.“³³

Man kann nicht sagen, dies sei ein Maximum koalitionspolitischer Klarheit. Eigenständigkeit – das Gegenteil von bündnisbezogener Eindeutigkeit – ist eine innerparteiliche Projektionsfläche für teilweise sehr unterschiedliche Absichten. Sie dient verschiedenen Funktionen. Mögliche Vorteile sind allseitige Mitnahmeeffekte, innerparteiliches Stillhalteabkommen, mehr Beweglichkeit im Parteiensystem, mehr mediale Aufmerksamkeit (durch das Rätseln über Koalitionen). Mögliche Nachteile liegen vor allem in der Mobilisierung. Die Mobilisierungsprämie für eine Strategie des rot-grünen Machtwechsels wird verschenkt. Es droht die Abwanderung zur SPD oder den Linken. Und es drohen Missverständnisse wie Äquidistanz oder der Verdacht eines heimlichen Schwarz-Grün. Wird unter Eigenständigkeit das Offenlassen aller Koalitionsaussagen verstanden, enttäuscht sie die Erwartung vieler Wähler, dass die Parteien eine erste Koalitionsoption präferenz angeben und ihr – soweit möglich – folgen sollten.

b) Option Schwarz-Grün

Die Realos haben viele Tabus der Grünen gebrochen und waren damit erfolgreich – Schwarz-Grün ist vielleicht das letzte. Aus den Medien gibt es dafür, schon aufgrund des Neuigkeitscharakters, immer viel Unterstützung. Das strategische Argument liegt darin, durch Kooperation mit dem Kapital etwas für die Umwelt herauszuholen, für einige auch darin, schwarz-grüne Wähler zu den Grünen zu ziehen.

Das Experiment hat lediglich einmal stattgefunden: in Hamburg. Das ist nur ein begrenzter Test, im schmalen Kompetenzraum von Landespolitik. Hamburg war ein günstiges Pflaster für ein schwarz-grünes Experiment. Die wichtigste Rahmenbedingung stimmte: ein starker Regierungschef mit dem Willen zu fairem Kompromiss und guter Koordination. Das war *Ole von Beust* in ganz besonderer

33 Länderratsbeschluss „Bündnis 90/Die Grünen im Fünf-Parteiensystem“ vom 5. April 2008, Berlin.

Weise – bis zur Schulreform, die seine Partei überforderte und bei der er das Handtuch warf. Das Politikergebnis der Koalition wirkte eher bescheiden. Praktisch blieb man ohne Erfolge bei den drei Hauptthemen Elbvertiefung, Kohlekraftwerk Moorburg und Schulreform. Auch die Wählerschwächung der Grünen entsprach nicht den Erwartungen. Die bloße Ankündigung von *Krista Sager*, nach der Wahl könne es auch eine schwarz-grüne Koalition geben – eine noble Geste, um die Grünen vor der Wahl ehrlich zu machen – kostete die Grünen etwa jene vier Prozentpunkte an Wählern, die das in keinem Falle wollten. Nach dem Ende der Koalition waren die Grünen gefühlte Verlierer. Der Zuwachs von 1,6 Prozent vor dem Hintergrund eines bundesdeutschen Grünen-Booms und das Verfehlen des rot-grünen Regierungsziels hingen, so war zu vermuten, mit dem ergebnisarmen Scheitern des schwarz-grünen Experiments zusammen. Mögen auch strukturelle Unverträglichkeiten im Spiel gewesen sein, sieht die kluge Beobachterin *Krista Sager* als Ursache doch vor allem Unzulänglichkeiten der beteiligten Akteure: „Letztlich ist Schwarz-Grün in Hamburg wohl an einer Mischung aus panischen Richtungsentscheidungen, Unprofessionalität und Unzuverlässigkeit auf Seiten der CDU und schlechtem Change-Management, Unbeweglichkeit und mangelndem strategischen Weitblick auf Seiten der Grünen gescheitert.“³⁴

Schwarz-Grün enthält sehr großes Konfliktpotential. Zum Spannungsfeld Ökologie und Kapital treten jenes von Arbeit und Kapital sowie eine Vielzahl gesellschaftspolitischer Fragen. Immer noch begegnen sich konträre Wertprofile. Die kulturelle Distanz besteht häufig weniger in der Alltagskultur als in gegensätzlichen politischen Wertpräferenzen und wechselseitiger Abneigung.³⁵

Man wird Schwarz-Grün wieder einmal versuchen. Schließlich ist es ein probates Mittel (wenn auch nicht das einzige), einer Großen Koalition zuzukommen. So war es auch in Hamburg – aus Sicht der CDU wie der Grünen.

Aktuell gescheitert und für den Bund 2013 außer Reichweite ist Schwarz-Grün vor allem aus folgenden Gründen:

- Es gibt landespolitisch kein positives Vorbild einer solchen Koalition, was bei diesen Fragen immer eine große Rolle spielt.

34 *Sager, K.*: Wer die fremde Nachbarsfrau einmal schön redet..., in: Kronenberg, V./Weckenbrock, C. (Hg.): Schwarz-Grün, Wiesbaden, 2011, 438-452, hier 451.

35 Vgl. *Petersen, T.*: Das Trennende ist geblieben, in: Kronenberg, V./Weckenbrock, C. (Hg.): Schwarz-Grün, Wiesbaden, 2011, 108-125.

- Die *Merkel*-CDU der Laufzeitverlängerung und der Anti-Grünen-Kampagne („Dagegen-Partei“) ist bei den Grünen nicht vergessen.
- Die Veto-Macht des konservativen Flügels der CDU ist, zusammen mit der CSU, gerade in der Koalitionsfrage stark.
- Die Schwäche grüner Stimmen im Bundesrat (für Schwarz-Grün null!) ist eine nicht weg zu diskutierende Restriktion – mit der Konsequenz, dass die Union gleichzeitig Konzessionen nicht nur in einer schwarz-grünen, sondern, im Bundesrat, auch gegenüber einer Großen Koalition machen müsste.
- Die Wählerschaft stellt schließlich die wichtigste Restriktion für ein erweitertes Farbenspiel dar – sie verfolgt dauerhaft und eindeutig eine rot-grüne Präferenz.

Merkels Aufbau von Hindernissen für Schwarz-Grün entstand über Baden-Württemberg. Aus Angst, dass ihr eine Wahlniederlage in diesem Kernland der CDU zugerechnet würde, hat sie alles unterstützt, was vom amtierenden Ministerpräsidenten *Mappus* kam: Stuttgart 21, Atompolitik, Anti-Grünen-Kampagne. Deshalb hat sie die Tür zugeschlagen und Schwarz-Grün schließlich als „Hirngespinnst“ bezeichnet. Dennoch hat sie das christdemokratische Stammland Baden-Württemberg verloren und sich die Grünen im Bund zumindest mittelfristig zum Gegner gemacht. Schwarz-Grün ist im Bund so schwierig (und die Abgrenzung der grünen Kernklientel von „den Schwarzen“ so stark), dass die Grünen bei feindlicher Rhetorik nicht einmal dem Gedanken eines Versuchs näher treten werden. Signifikant dafür die Absage eines in der Wolle gefärbten südwestdeutschen Realos wie *Rezzo Schlauch*: In dem von *Merkel* ausgerufenen Herbst der Entscheidungen (2011) „schloss sich die Tür zu den Grünen. (...) Die schwarz-grüne Melodie ist eben kein Evergreen, auch nicht in Baden-Württemberg.“³⁶

Schwarz-Grün bleibt aber eine „stille Option“ bei manchen Realos. Wird sie vor einer Wahl öffentlich erwogen wird, kostet sie Stimmen. Als Strategie schwächt das die Partei, als taktisches Mittel zur Verbesserung von Manövriermöglichkeiten bei Koalitionsverhandlungen kann es dagegen nützlich sein. Unter den besonderen Bedingungen von Baden-Württemberg hat das langjährige grüne „Koalitionssignal“ (*Frank Decker*), zu einer Regierung mit der CDU bereit zu sein, wohl zum Eindringen in bürgerliche Schichten beigetragen, die die eindrucksvollen Erfolge von *Winfried Kretschmann* als Ministerpräsident und *Fritz Kuhn* als Oberbürgermeister von Stuttgart möglich machten.

36 *Schlauch, R.*: Wer zu spät kommt, den bestraft der Wähler. Zum Verhältnis von Schwarz und Grün in Baden-Württemberg, in: *Kronenberg, V./Weckenbrock, C.* (Hg.): *Schwarz-Grün*, Wiesbaden, 2011, 65-71.

c) Unattraktivität einer Ampel

Die Ampel ist aus der Sicht vieler Grüner ein Konfliktbündnis mit strukturellen Vorteilen für die FDP. Seitdem der Rechtsstaatsliberalismus nicht mehr zum Kern der FDP gehört, trägt sie zu einer Ampelkoalition nichts positives bei, was die beiden anderen nicht auch schon im Gepäck hätten. Dafür wirkt die FDP als Bremserin in ökologischen und sozialen Fragen. Damit wäre sie eine Machtbeschafferin mit einem hohen Preis.

Es gibt auch hier kein erfolgreiches, auf der Landesebene erprobtes Beispiel. Die Bremer Ampel wirkte eher abschreckend. Zudem zählt die Ampel zu den von den Deutschen als konfliktlastig und instabil gefürchteten Dreierkoalitionen.

Ohne den entschiedenen Willen zu einem sozialliberalen Umbau der FDP – den es selbst unter dem Einfluss von *Karl-Hermann Flach* in den 1960er und 1970er Jahren nur sehr begrenzt gab – bleiben viele der historischen Anspielungen Wunschträume bzw. Etikettenschwindel. Die Abgrenzungsstrategie, die die FDP selbst seit dem Herbst 2012 gegenüber der SPD („Gefahr für Deutschland“) und den Grünen verfolgt, beerdigt diese Koalitionsoption als Thema für 2013. Der starke Mann der Partei, *Rainer Brüderle*, schwört seine Partei (unter Ausschluss einer Ampel) auf einen Lagerwahlkampf ein und die Kanzlerin stützt ihn dabei, in dem sie den Willen zur Fortsetzung der schwarz-gelben Regierung bekundet – implizit unter Einschluss möglicher Leihstimmen für die FDP, damit diese die 5-Prozent-Hürde zu überspringen vermag.

3. Experimentierfeld Landespolitik

In einer stark dezentralen Partei wie den Grünen ist die Landespolitik Experimentierfeld: richtungs- und koalitionspolitisch. In *Schleswig-Holstein* etwa startete der Spitzenkandidat *Robert Habeck* ein großes Politikexperiment in einem kleinen Land. Mit einer konsequenten Eigenständigkeitsstrategie ließ er die Koalitionsfrage offen und unterstrich dabei die Ernsthaftigkeit einer schwarz-grünen Option durch das Aufgreifen von Themen, die gerade für CDU-Wähler attraktiv erscheinen konnten. Dazu gehörten Heimat, Sicherheits- oder Verkehrspolitik. Begleitend drohte er den Bundesgrünen Konsequenzen für ihre Politik an, falls sein auch publizistisch forciierter Kurs Erfolg haben sollte. Tatsächlich war es aber wie in anderen norddeutschen Ländern: Die Wähler mit Grünpräferenz sind rot-grün orientiert. Zwei Monate vor der Wahl, als auch demoskopisch deutlich wurde, wie viele rot-grüne Wähler den Grünen beim Offenlassen der Koalitionsfrage die Stimme vorenthalten würden, schwenkte *Habeck* um und sprach sich

nun unmissverständlich für eine rot-grüne Koalition aus. Heute ist er Minister und stellvertretender Ministerpräsident in einer solchen Koalition, unter Einschluss des SSW. Der Zugewinn an Wählern war marginal (0,8 Prozent). Auch diese Wahl zeigt, dass man sich die Freiheit für eine lagerüberschreitende Politik erst durch gute Lagerpolitik verdienen muss. Wenn die Grünen sich erfolglos um Rot-Grün bemüht haben, wenn das Wahlergebnis anders ausfällt als angestrebt, erst danach können sie es eventuell auch mit Schwarz-Grün versuchen.

Das Experiment in *Berlin* war noch kühner. *Renate Künast* sollte Regierende Bürgermeisterin werden. Dabei wurde in Kauf genommen (bzw. sogar durch Werbung bürgerlicher Wähler darauf hingewirkt), dass die Ablösung des rot-roten Senats unter *Klaus Wowereit* auch durch eine grün-schwarze Koalition erfolgen könnte. Das ging in einer Stadt, in der zwei Drittel der Wähler sich für Parteien links der Mitte entscheiden, nicht gut. Zwar gewannen die Berliner Grünen bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus 4,5 Prozentpunkte dazu. Dennoch waren sie nach öffentlicher und eigener Wahrnehmung die großen Verlierer der Wahl. Die „sozialdemokratische Hegemonie“ in Frage zu stellen (so die ideologisch übertreibende Formel), und das möglicherweise zusammen mit der CDU, ist etwas anderes als eine Personenkonkurrenz zwischen *Wowereit* und *Künast* beim Ziel eines aus SPD und Grünen zusammengesetzten Senats. Die Spiele mit Schwarz-Grün, so zeigte sich auch hier, sind riskant. In Berlin war das Ergebnis eine Große Koalition.

In *Baden-Württemberg*, dem Land, in dem nach allgemeiner Erwartung aufgrund der günstigen Voraussetzungen zuerst Schwarz-Grün hätte entstehen können, kam – durch die Schwäche einer von *Stefan Mappus* in die Konfrontation gedrückten CDU – am Ende Grün-Rot an die Regierung. Der erste grüne Ministerpräsident muss nun zeigen, inwieweit die Grünen tatsächlich zur Vertretung von Gesamtinteressen fähig sind, ohne ihre Identität zu gefährden. Hier am ehesten scheinen – nach einer Erneuerung der CDU – Anschlussregierungen von Schwarz-Grün denkbar.

Im *Saarland* sind die Grünen ein ganz eigenes Gewächs. 2009 hatte ihr langjähriger Chef *Hubert Ulrich* in letzter Minute die erste mögliche rot-rot-grüne Landesregierung (mit *Heiko Maas* und *Oskar Lafontaine*) verhindert. Anschließend kaufte er sich in die erste Jamaika-Koalition unter *Peter Müller* ein. Am Ende der von der CDU aufgekündigten Koalition gehörten die Grünen (wie die FDP) zu den Verlierern. Mit magerer Leistungsbilanz und schwachem Personal verlor sie 0,9 Prozent Stimmenanteil – und das bei allerbesten Voraussetzungen durch das bundesweite Stimmungshoch für die Partei.

In *Nordrhein-Westfalen* zeigte sich, wie unter kluger, besonnener und kooperativer Führung (*Hannelore Kraft/Sylvia Löhrmann*) selbst eine in Deutschland ungeliebte Minderheitsregierung den Weg zu einem stabilen, klassischen Rot-Grün finden kann. Auch *Bremen* ist eine Hochburg des klassischen Rot-Grün, wie auch die Wähler der Grünen in der Stadt den Prototyp grüner Wählerschaften darstellen. *Rheinland-Pfalz* ist neu dazu gekommen, *Niedersachsen* hat Rot-Grün reaktiviert.

Das Resümee dieses kurzen Überblicks zeigt: Es gibt keinen landespolitischen Königsweg. Kein „Vorbild“ eines für andere Länder oder gar eines Landes für die gesamte Bundespartei. Jedes Land hat eine eigene politische Kultur, andere Parteienkonstellation, genuine Entwicklungspfade und Organisationsstrukturen der Grünen. Die Bundespartei ist eine eigene Partei, die Parteien auf Bundesebene sind ein eigenes Parteiensystem. Das wird von den Ländern (mehr oder weniger) akzeptiert. Die Länder sind aber selbstbewusst genug, sich nicht determinieren zu lassen. Was in einem Land gilt, muss im Bund nicht richtig sein – und umgekehrt. Dennoch empfehlen selbstbewusste Landesgrüne ihr „Rezept“ den Bundesgrünen.³⁷ Die Dynamik einer dezentral angelegten Partei wie der Grünen liegt auch darin, dass einzelne, vor allem erfolgreiche Landesverbände die Bundespartei nach ihrem Bild formen wollen – dabei aber regelmäßig scheitern.

Der Grund hierfür liegt auch am kategorialen Unterschied, der sich immer stärker zwischen Kommune/Land (kleine Themen, Entideologisierung) und Bund (große Themen, fortwirkende ideologische Bindungen) auftut. Die Spielräume auf den unteren Ebenen sind größer als im Bund, dem eigentlichen Ort für Lagerstrukturen. Koalitionsfragen in Land und Kommune sind anders zu behandeln als im Bund. Nur hier findet sich das volle Spektrum politischer Aufgaben, nur hier geht es „ums Ganze“, sind Weichenstellungen für die gesamte Republik möglich, nur hier wird mit erhöhtem ideologischem Einsatz gespielt.

Und doch gibt es eine Dialektik zwischen Landes- und Bundesebene: Was auf Landesebene als Koalition nicht erfolgreich erprobt wurde, wird auf der Bundesebene nicht stattfinden. Das wirkte positiv bei Rot-Grün in den 1980er und 1990er Jahren. Negativ galt es für die Ampelkoalition. Ein rot-rot-grünes Bündnis, das nicht wenigstens auf ein positives Beispiel in einem der westdeutschen Länder verweisen könnte, hätte – von allen genuin bundespolitischen Problemen abgesehen – im Bund keine Chance. Die Länder sind ein Laboratorium für neue

37 Vgl. etwa *Palmer, B.*: Die grüne Volkspartei. Wie die Grünen die Bundestagswahl gewinnen können, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 3/2012, 98-101.

Koalitionen. Dort ist – unter Bedingungen größerer Freiheit – ein Probedurchlauf genehmigt.

VIII. Perspektiven der Grünen

Die Grünen sind sich, seit sie in den 1990er Jahren zu einer für sie geeigneten Form und passenden Inhalten gefunden haben, treu geblieben. Nur so konnten sie 2010/2011 in bemerkenswerter Weise reüssieren: Sie hielten am Atomthema fest, als viele sie schon wegen ihres überlebten Themas belächelten, und standen bereit, um widerstrebende bürgerliche Wähler aufzunehmen, als *Merkels* bürgerliche Koalition ein Rollback versuchte. Die politologische Sprache hat für Entwicklungsverläufe solcher Art den Begriff der „Pfadabhängigkeit“ entwickelt, also „die weitgehende Prägung der Politik (...) durch früher entstandene politische Strukturen, Vorgänge und Maßnahmen und durch den dort gebahnten Weg oder ‚Pfad‘.“³⁸ Zwar wurde der Begriff für Politikfelder entwickelt, er lässt sich aber auf Parteien übertragen. In einem ähnlichen Verständnis haben wir verschiedentlich von „Traditionalismus“ gesprochen. Treue zu sich selbst, Bewahrung von Identität, Berechenbarkeit – viele positive Bewertungen sind damit verbunden. Es gibt eine Rationalität der Tradition im Sinne der Orientierung an „eingelebten Gewohnheiten“ (*Max Weber*), die sich bei den Grünen seit etwa zwei Jahrzehnten durchgesetzt hat. Dennoch begrenzt Pfadabhängigkeit zugleich die Freiheit der Innovation. Große Sprünge oder gar der große Sprung nach vorn sind auf diesem Weg nicht möglich. Eine weit vorausseilende Wachstumsstrategie, die sich beispielsweise zum Ziel setzt, den Weg zur Volkspartei zu gehen, ist kaum realistisch. „Pfadabhängigkeit ohne Potential eines großen Sprungs nach vorne“ ist deshalb unsere Formel für die Grünen. Sie sieht ihre Stärken – in ihren Grenzen.

Schon der Diskurs über einen großen Sprung nach vorn greift in das labile Gleichgewicht der Grünen ein, reaktiviert Strömungen und alte Konfliktlinien, führt zu überwunden geglaubten Macht- und Richtungskämpfen. Es ist nicht nur kognitiv äußerst schwierig, widerspruchsfreie Wachstumsfelder für die Grünen zu identifizieren. Jede einseitige Auflösung der für die Grünen konstitutiven Widersprüche (etwa zwischen Interessen und Werten) stellt sie vor dramatische interne Umbauprobleme.

Aber die Partei steht nicht allein. In einem oligopolistisch vermachteten Parteiensystem, in dem viele Bereiche schon besetzt sind, ist grundlegender Wandel

38 Schmidt, M. G., a.a.O., 595.

für Kleinparteien sehr schwierig. Die FDP ging in 60 Jahren Bundesrepublik einmal aus der bürgerlichen Lagerkoalition heraus (1969) und einmal wieder hinein (1982). Beides war mit Zerreißproben verbunden, die die Partei nur dank starker Führung überlebte. Ein riesiger Aufwand, bei großen Verlusten, immer mit dem Zwang zur Neuformierung. Mehr war nicht. Dabei hatte die FDP Träume: Sie wollte erst Volkspartei werden (in den 1960er Jahren), später Mittelpartei („Strategie 18“) – heute kämpft sie um das nackte Überleben.

Drei oder gar fünf Prozent Zuwachs 2013 wären ein großartiges Ergebnis, bedenkt man die üblicherweise geringen Verschiebungen bei Bundestagswahlen und den bisherigen Wachstumspfad der Partei. Die Grünen sind kein Tiger, der gewaltige Sprünge nach vorne macht. Sie ähneln tatsächlich mehr der grünen Raupe. Die aber trägt im Titel: nimmersatt.

Die Bundesgrünen haben seit zehn Jahren nicht mehr so klar Rot-Grün gesagt wie diesmal. 2009 kamen SPD und Grüne gemeinsam auf 33,7 Prozent – der Weg zu einer gemeinsamen Mehrheit ist also weit. Das Feld links von der Mitte umfasst heute deutlich mehr als die Hälfte der Wählerschaft. *Merkel* regiert nicht aus eigener Stärke, sondern aufgrund der Zersplitterung der Linken. Wie vor 30 Jahren stehen die Grünen mithin vor der Frage eines damaligen Buchtitels: „Wer soll das alles ändern?“.

Die Grünen werden sich verändern, aber die Dynamik der Veränderung kommt von außen, nicht von innen. Entscheiden die Wähler sich für Rot-Grün, wird das erhebliche Veränderungen für die Partei mit sich bringen. Regieren verändert immer. Bleibt die Partei draußen, gibt es zwei Pole, die die Grünen unter Druck setzen werden. Die Linkspartei wird sich 2013 in ihrer Bundestagsfraktion durch reine Wahlarithmetik der West-Fundis entledigen, sodass der Weg zu einer von Realos bestimmten Linkspartei offen scheint – Initialzündung für ernsthafte Debatten über Rot-Rot-Grün zur Ausschöpfung der seit langem bestehenden Mehrheit links von der Mitte. Auf dem rechten Flügel wird eine schwarz-grüne Debatte wieder belebt, nicht zuletzt durch Entwicklungen in Baden-Württemberg und durch die forcierte Suche der Union nach einem Bündnispartner. Wenn die Grünen zwei wirkliche Bündnisoptionen hätten – es wäre ihre größte Zerreißprobe: darüber zu entscheiden, wo sie wirklich hingehören.